

# Stadt Bergisch Gladbach

## Der Bürgermeister

Datum

**17.02.2016**

Ausschussbetreuender Fachbereich

**Zentraler Dienst 5-10**

Schriftführung

Hans-Jörg Fedder

Telefon-Nr.

**02202-142865**

## Niederschrift

### Integrationsrat der Stadt Bergisch Gladbach

Sitzung am Donnerstag, 19.11.2015

Sitzungsort

**Rathaus Gladbach, Großer Sitzungssaal, Konrad-Adenauer-Platz 1, 51465 Bergisch Gladbach**

Sitzungsdauer (Uhrzeit von / bis)

**17:07 Uhr - 18:58 Uhr**

Unterbrechungen (Uhrzeit von / bis)

Keine

### Sitzungsteilnehmer

Siehe beigefügtes Teilnehmerverzeichnis

### Tagesordnung

#### Ö Öffentlicher Teil

- 1 **Eröffnung, Bekanntgabe nicht anwesender Mitglieder des Integrationsrates, Feststellung der ordnungsgemäßen und rechtzeitigen Einberufung sowie der Beschlussfähigkeit**
- 2 **Genehmigung der Niederschrift aus der Sitzung des Integrationsrates am 20.10.2015**
- 3 **Bericht über die Durchführung der Beschlüsse aus der Sitzung des Integrationsrates am 20.10.2015**  
*0488/2015*
- 4 **Mitteilungen des Vorsitzenden**

- 5**      **Mitteilungen des Bürgermeisters**
  
- 6**      **Aktuelle Situation der Flüchtlinge - mündliche Berichterstattung**
  
- 7**      **Entsendung von Integrationsratsmitgliedern in Ausschüsse**  
*0473/2015*
  
- 8**      **Arbeitskreise/Arbeitsgruppen im Integrationsrat**  
**(mündlicher Sachstandsbericht der jeweils Verantwortlichen)**
  
- 9**      **Budget des Integrationsrates**  
*0489/2015*
  
- 10**     **Verwendung finanzieller Mittel zur Umsetzung des Integrationskonzeptes: Weiter-**  
**führung des "Ex-Azubitreff" durch die GL Service gGmbH**  
*0471/2015*
  
- 11**     **Fortführung der Mädchen- und Frauengruppe "Power-Frauen" der Initiative 180°-**  
**Wende**  
*0482/2015*
  
- 12**     **Anträge der Fraktionen**
  
- 12.1**   **Antrag des Integrationsratsmitglieds Frank Samirae vom 05.10..2015 "Schwimmun-**  
**terricht für Flüchtlinge"**  
**Vorlage: 0413/2015 (Bitte bringen Sie die Vorlage aus der letzten Sitzung mit.)**
  
- 12.2**   **Antrag der "Demokratischen Liste" vom 05.10.2015 zur Erstellung eines Sach-**  
**standsberichtes und Fragebogens zum Thema "Diversity Management"**  
**Vorlage: 0430/2015 (Bitte bringen Sie die Vorlage aus der letzten Sitzung mit.)**
  
- 13**     **Anfragen der Mitglieder**
  
- 14**     **Verschiedenes**

## Protokollierung

### Ö Öffentlicher Teil

#### 1. Eröffnung, Bekanntgabe nicht anwesender Mitglieder des Integrationsrates, Feststellung der ordnungsgemäßen und rechtzeitigen Einberufung sowie der Beschlussfähigkeit

Der erste stellvertretende Vorsitzende Herr Bartoszewicz eröffnet die achte Sitzung des Integrationsrates und stellt die ordnungsgemäße und rechtzeitige Einberufung fest. Die fehlenden Mitglieder ergeben sich aus der Teilnehmerliste (*Anlage 1*).

Da Frau Münzer die Sitzung um 18.30 Uhr verlassen muss, werden nach TOP Ö 2 die Tagesordnungspunkte Ö 7 bis Ö 12.2 beraten. Diese Änderung der Tagesordnung wird mehrheitlich gegen zwei Stimmen **beschlossen**.

#### 2. Genehmigung der Niederschrift aus der Sitzung des Integrationsrates am 20.10.2015

Die Niederschrift über die Sitzung des Integrationsrates am 20.10.2015 wird einstimmig genehmigt.

#### 7. Entsendung von Integrationsratsmitgliedern in Ausschüsse *0473/2015*

Herr Samirae schlägt als beratendes Mitglied für den Ausschuss für Umwelt, Klimaschutz, Infrastruktur und Verkehr Herrn Panzer vor. Weitere Vorschläge erfolgen nicht.

Der Integrationsrat fasst folgenden

Beschlussvorschlag: (einstimmig bei sechs Ja-Stimmen und vier Enthaltungen)

1. Das Mitglied des Integrationsrates Martin Panzer wird als beratendes Mitglied in den Ausschuss für Umwelt, Klimaschutz, Infrastruktur und Verkehr entsandt.

Herr Panzer nimmt nach seinem Eintreffen die Wahl an.

Als stellvertretendes beratendes Mitglied des Jugendhilfeausschusses werden Herr Krasniqi, Herr Samirae, Herr Basyigit und Herr Cromme vorgeschlagen. Herr Krasniqi kandidiert nicht, da er bereits stellvertretendes stimmberechtigtes Mitglied des Jugendhilfeausschusses ist. Herr Cromme verzichtet auf eine Wahl, da er „nur“ stellvertretendes Mitglied des Integrationsrates ist. Frau Schlich sagt aber zu zu prüfen, ob ein stellvertretendes Mitglied des Integrationsrates in einen Ausschuss entsandt werden kann. Das Ergebnis der Prüfung würde in der nächsten Sitzung des Integrationsrats mitgeteilt.

Sodann lässt Herr Bartoszewicz über die Vorschläge abstimmen:

- Auf Herrn Samirae entfallen zwei Ja-Stimmen, vier Nein-Stimmen und fünf Enthaltungen.
- Auf Herrn Basyigit entfallen sechs Ja-Stimmen und fünf Enthaltungen.

Damit ergeht folgender

Beschlussvorschlag: (einstimmig bei sechs Ja-Stimmen und fünf Enthaltungen)

2. Das Mitglied des Integrationsrates Herr Saim Basyigit wird als stellvertretendes beratendes Mitglied in den Jugendhilfeausschuss entsandt.

Herr Basyigit nimmt die Wahl an.

8. **Arbeitskreise/Arbeitsgruppen im Integrationsrat**  
**(mündlicher Sachstandsbericht der jeweils Verantwortlichen)**

Es werden keine Sachstandsberichte vorgetragen.

9. **Budget des Integrationsrates**  
*0489/2015*

Die Vorlage wird zur Kenntnis genommen.

10. **Verwendung finanzieller Mittel zur Umsetzung des Integrationskonzeptes: Weiterführung des "Ex-Azubitreff" durch die GL Service gGmbH**  
*0471/2015*

Der Integrationsrat fasst folgende

Beschlussempfehlung: (einstimmig mit sieben Stimmen bei fünf Enthaltungen)

Der geplanten Weiterführung des Projektes im Jahr 2016 durch die GL Service gGmbH mit finanzieller Beteiligung der Stadt Bergisch Gladbach in Höhe von 22.900 € wird vorbehaltlich der zur Verfügung stehenden Haushaltsmittel zugestimmt.

11. **Fortführung der Mädchen- und Frauengruppe "Power-Frauen" der Initiative 180°-Wende**  
*0482/2015*

Herr Buhleier erläutert die Vorlage.

Der Integrationsrat fasst folgende

Beschlussempfehlung: (einstimmig)

Die Fortführung der Mädchen- und Frauengruppe „Power-Frauen“ der Initiative 180°-Wende wird begrüßt.  
Für die Fortführung des Angebotes wird für das Jahr 2016 vorbehaltlich der Bereitstellung der Haushaltsmittel ein Zuschuss in Höhe von 6.000 € zur Verfügung gestellt.

## **12. Anträge der Fraktionen**

### **12.1. Antrag des Integrationsratsmitglieds Frank Samirae vom 05.10..2015** **"Schwimmunterricht für Flüchtlinge"** **Vorlage: 0413/2015 (Bitte bringen Sie die Vorlage aus der letzten Sitzung mit.)**

Herr Buhleier erläutert die Vorlage und verweist u. a. darauf, dass es derzeit keine freien Wasserflächen für zusätzliche Angebote gibt. Er und weitere Redner verweisen auf erhebliche Wartelisten für Schwimmkurse mit Wartezeiten bis zu zwei Jahren für lernwillige Kinder. Er sehe daher für die beantragte Maßnahme keine Umsetzungsmöglichkeit.

Frau Münzer ergänzt, in der Flüchtlingsunterkunft Moitzfeld hätten 90 % der Männer kein Interesse. Muslimische Frauen würden nur schwimmen lernen wollen, wenn sich keine Männer im Schwimmbad aufhalten. Dies halte sie nicht für umsetzbar; zumal an einem Angebot vor einigen Jahren nur zwei oder drei Frauen teilgenommen hätten. Sie berichtet, dass in den Sommer- und in den Herbstferien Kinder aus Flüchtlingsfamilien kostenlos im Schwimmbad Mohnweg schwimmen lernen konnten. Diese Kurse waren gut besucht.

Herrn Cromme fehlt eine Bedarfsfeststellung. Er findet es sinnvoll, Migranten durch eine völlige oder teilweise Übernahme der Mitgliedsbeiträge von Sportvereinen unterstützen.

Herr Samirae stellt einige Modifikationen des Antrags vor und begründet diese.

Herr Farber begrüßt grundsätzlich Sportangebote für Flüchtlinge und verweist auf die starke Einbindung von Sportvereinen in Frankenforst.

Herr Kunze befürchtet Komplikationen, wenn für Flüchtlinge an Wartelisten vorbei Kurse eingerichtet würden.

Frau Schlich schlägt Gespräche mit Schwimmvereinen über die Aufnahme von Flüchtlingen in bestehende Kurse vor. Schwimmen für muslimische Frauen setze neben dem bereits Dargestellten auch voraus, dass das Schwimmbad nicht von außen einsehbar sei.

Frau Dönmez hält gemischte Kurse (für Kinder) für besonders sinnvoll. Eine Schutzgebühr sei mit 5 € zu hoch; 2 € wären angemessen.

Herr Farber beantragt Schluss der Rednerliste.

Der Integrationsrat fasst folgenden

**Beschluss:** (mehrheitlich gegen zwei Stimmen)

Der Antrag auf Schluss der Rednerliste wird abgelehnt.

Herr Krasniqi begrüßt den modifizierten Antrag. Komme der Schwimmunterricht nicht zustande, solle sich der Integrationsrat in den kommenden Sitzungen mit der Frage befassen, wie Migranten durch andere Sportangebote integriert werden können.

Herr Basyigit erinnert an den Vorschlag Herrn Samirae, die Schwimmkurse auch bedürftigen deutschen Kindern anzubieten und verweist auf die Möglichkeit, Mittel aus dem Bildungs- und Teilhabepaket (BuT) dafür zu beantragen.

Herr Bartoszewicz hält Schwimmen in Deutschland aber für einen Luxusport. Es gebe viele andere Möglichkeiten der Integration.

Herr Buhleier verweist über die BuT-Mittel hinaus auf einen Fonds des Kinderschutzbundes und Möglichkeiten, ergänzend zum BuT Kursgebühren sowie die Kostenübernahme für Badebekleidung zu beantragen.

Herr Schütz findet es nicht ausreichend, sich auf fehlende Wasserflächen zurückzuziehen. Herrn Samiraes Ausführungen über Gespräche mit Vertretern von Schwimmvereinen sollten konkreter dargestellt werden. Eventuell gebe es Möglichkeiten, Schwimmflächen zeitlich oder auf private Bäder auszuweiten.

Frau Schlich weist Vorwürfe Herrn Schütz' wegen einer Blockadehaltung der Verwaltung zurück. Eine Ausdehnung der Nutzungszeiten der Bäder sei mit erheblichen Kosten verbunden.

Nach einer nochmaligen Modifikation des Antrags durch Herrn Samirae spricht sich Herr Cromme für die Vorlage einer schriftlichen Fassung des geänderten Antrags aus und beantragt die Vertagung.

Frau Heidberg-Schwettmann ist dagegen, diesen Antrag ein drittes Mal zu beraten. Sie fragt nach einer klaren Formulierung des Antrags möglichst in einem Satz.

Herr Samirae verweist auf den schriftlichen Antrag mit folgenden Änderungen:

- Die Anmeldungen erfolgen über Wartelisten, sofern vorhanden.
- Dabei werden Deutsche mit geringem Einkommen und Menschen mit Migrationshintergrund in integrierten Kursen gemischt.
- Außerdem soll eine Schutzgebühr von 10 € verlangt werden.

Der Integrationsrat fasst folgende

Beschlüsse: 1. (mehrheitlich mit zwei Ja-Stimmen, neun Nein-Stimmen und zwei Enthaltungen)

Der Antrag Herrn Crommes auf Vertagung und Vorlage eines schriftlichen Antrags wird abgelehnt.

2. (mehrheitlich mit acht Ja-Stimmen, fünf Nein Stimmen und einer Enthaltung)

Herr Samiraes Antrag wird in der modifizierten Fassung angenommen.

**12.2. Antrag der "Demokratischen Liste" vom 05.10.2015 zur Erstellung eines Sachstandsberichtes und Fragebogens zum Thema "Diversity Management"  
Vorlage: 0430/2015 (Bitte bringen Sie die Vorlage aus der letzten Sitzung mit.)**

Frau Dönmez begründet den Antrag.

Frau Schlich verweist auf die Rechtsauffassung der Verwaltung in der Tischvorlage zur letzten Sitzung des Integrationsrates. Nur der Haupt- und Finanzausschusses bzw. der Rat haben Befassungskompetenz für entsprechende Anträge. Ferner stehe es der Stadt bzw. seinem Integrationsrat nicht zu, die Mitarbeiter des Rheinisch-Bergischen Kreises zu befragen, hier gibt es keine Befassungskompetenz.

Innerhalb der Stadtverwaltung Bergisch Gladbach stehen der Personalrat, die Gleichstellungsbeauftragte, die Integrationsbeauftragte sowie die Antidiskriminierungsbeauftragte als Ansprechpartner in Diskriminierungsfällen zur Verfügung. Empfehlenswert könne auch ein Gespräch mit dem Fachbereichsleiter Allgemeine Verwaltung sein.

Herr Samirae verweist auf Berichte über Diskriminierungen. Der vorliegende Antrag, den er sehr begrüßt, könne auch im Rahmen einer Studienarbeit behandelt werden. Ein Gespräch mit dem Fachbereichsleiter Herr Wilhelm sei nicht zustande gekommen. Es bestehe aber die Möglichkeit, Herrn Wilhelm in den Integrationsrat einzuladen.

Er schlägt vor, den Antrag wie vorgeschlagen zu beschließen und im Rahmen einer Studienarbeit von Externen bearbeiten zu lassen.

Herr Bartoszewicz lehnt nach den Erfahrungen der letzten Sitzung die Einladung Herrn Wilhelms ab.

Frau Dönmez schließt sich der Auffassung Frau Schlichs an. Die gewünschte Umfrage sei ein erster Schritt zu einer Lösung. Aus dem Ergebnis heraus können weitere Maßnahmen ergriffen werden, z. B. Seminare für Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter oder die Frage, wie mit Diskriminierungen umzugehen ist. Die Idee einer Studienarbeit würde sie unterstützen. Sie gehe nicht davon aus, dass sich Diskriminierungsopfer einem Fachbereich oder den genannten Ansprechpartnern gegenüber öffnen.

Herr Bartoszewicz weist auf die Fortschreibung des Integrationskonzeptes im nächsten Jahr hin und regt eine Finanzierung über das Integrationskonzept an.

Herr Schütz bittet Frau Dönmez um konkretere Ausführungen der vorgebrachten Diskriminierungen. Er beantragt, den Antrag wie folgt zu formulieren: „Der Integrationsrat regt an, der Rat möge beschließen, dass die Verwaltung beauftragt wird, . . .“

Herr Farber hält den Integrationsrat für zuständig. Eine Befragung müsste repräsentativ sein. Sie müsse anonym sein. Es müsse bei den Befragten der Eindruck bestehen, dass die Ergebnisse nicht bekannt werden. Herr Farber schließt sich für seine Liste dem Antrag an.

Zur Frage Herrn Schütz‘ erklärt Frau Dönmez, es handele sich nicht unbedingt um Diskriminierungen innerhalb des Arbeitsprozesses, sondern z. B. um rassistische Äußerungen auch von Vorgesetzten. Sie schließt sich dem Änderungsantrag Herrn Schütz‘ an.

Der Integrationsrat fasst folgenden

Beschluss: (einstimmig mit elf Stimmen bei drei Enthaltungen)

Der Integrationsrat regt an, der Rat möge beschließen, die Verwaltung zu beauftragen,

1. einen Sachstandsbericht zu den bisherigen Bemühungen im Hinblick auf das „Diversity Management“ zu erstellen,
2. einen anonymen Fragebogen mit den angegebenen Fragen zu erstellen und den Mitarbeitenden der Stadt- und Kreisverwaltung zur Teilnahme vorzulegen. Die Auswertung ist dem Integrationsrat mitzuteilen.

Sodann diskutiert der Integrationsrat die Frage, warum nicht über eine externe Untersuchung abgestimmt wurde.

Frau Dönmez bittet um eine erneute Abstimmung, gegen die sich Herr Krasniqi und Frau Heidberg-Schwettmann aussprechen. Frau Heidberg-Schwettmann verweist darauf, dass der Beschlussvor-

schlag von Herrn Schütz vor der Abstimmung vorgetragen wurde und Frau Dönmez sich mit dieser Fassung einverstanden erklärt habe.

Herr Samirae sieht den Fehler beim Vorsitzenden, der die Modifikation in den Beschlussvorschlag hätte aufnehmen müssen.

Herr Farber beantragt Schluss der Debatte.

Der Integrationsrat fasst folgenden

Beschluss: (mehrheitlich mit fünf Ja- und sieben Nein-Stimmen)

Der Antrag auf Schluss der Debatte wird abgelehnt

Herr Kunze spricht sich für eine kostenfreie Studienarbeit aus.

Nach Rückfrage mit Herrn Farber erklärt Herr Bartoszewicz, der Integrationsrat möge unter der Fiktion einer externen Vergabe neu abzustimmen.

Der Integrationsrat fasst folgenden

Beschluss: (einstimmig mit acht Stimmen bei drei Enthaltungen)

Es wird neu abgestimmt.

Sodann fasst der Integrationsrat folgenden

Beschluss: (einstimmig mit neun Stimmen bei zwei Enthaltungen)

Der Integrationsrat regt an, der Rat möge beschließen, die Verwaltung zu beauftragen,

1. einen Sachstandsbericht zu den bisherigen Bemühungen im Hinblick auf das „Diversity Management“ zu erstellen,
2. eine einen anonymen Fragebogen mit den angegebenen Fragen zu erstellen und den Mitarbeitenden der Stadt- und Kreisverwaltung zur Teilnahme vorzulegen. Die Auswertung ist dem Integrationsrat mitzuteilen. Die Verwaltung solle beauftragt werden, mit Hilfe eines externen Dritten im Rahmen einer kostenfreien Studienarbeit die Umfrage durchzuführen.

3. **Bericht über die Durchführung der Beschlüsse aus der Sitzung des Integrationsrates am 20.10.2015**  
0488/2015

Die Vorlage wird zur Kenntnis genommen.

4. **Mitteilungen des Vorsitzenden**

Herr Bartoszewicz erwartet unter Hinweis auf die letzte Sitzung von den Mitgliedern ein Votum des Integrationsrates, ehe sie Erklärungen im Namen des Integrationsrates abgeben. Er bittet auch Abstand davon zu nehmen, Gäste des Integrationsrates zu fotografieren und diese Fotos zu veröffentli-



chen. Außerdem bittet er die Mitglieder des Integrationsrates darüber nachzudenken, in welcher Funktion sie an den Sitzungen teilnehmen (Mitglied, Pressevertreter).

## **5. Mitteilungen des Bürgermeisters**

Herr Buhleier teilt mit, dass die die Beratung des Kommunalwahlrechts für alle auf Dauer in NRW lebenden Menschen mit nichtdeutscher Staatsangehörigkeit vom Rat in seiner Sitzung am 03.11. wegen juristischen Beratungsbedarfs vertagt wurde.

## **6. Aktuelle Situation der Flüchtlinge - mündliche Berichterstattung**

Frau Schlich verzichtet auf einen Bericht, da sich in den letzten Wochen nicht viel geändert habe, und beantwortet die Fragen der Mitglieder. Eine Prognose über die Entwicklung der Flüchtlingszahlen könne sie nicht abgeben. Es wurden verschiedene Standorte definiert. Für die Lieferung von Containern wurde ein Vertrag abgeschlossen. Weitere Grundstücke müssen gesucht werden.

Es sei nicht immer möglich, dass Verwandte Einfluss darauf nehmen, wo ein Flüchtling nach der Erstaufnahme unterkommt. Versuche zur Familienzusammenführung laufen über die Ausländerämter.

Diebstähle in Unterkünften seien bekannt. Es werde auch versucht, Abhilfe zu schaffen. Angesichts der schnellen Entwicklung würde in den Unterkünften teilweise erst im Nachhinein festgestellt, welche Einrichtungsgegenstände fehlen.

Die Einrichtung in Katterbach werde weiter ausgebaut. Es sollen 380 bis 400 Flüchtlinge untergebracht werden.

Die Stadt erfahre vorab nicht, woher die Flüchtlinge kommen würden. Es würden keine Transferlisten mehr überlassen; aus den Zuweisungen gehe die Nationalität nicht hervor. Derzeit würden sehr viele unverheiratete junge Männer ankommen, oft aus Syrien und zunehmend aus Afghanistan.

## **13. Anfragen der Mitglieder**

Es werden keine Anfragen gestellt.

## **14. Verschiedenes**

Auf Anfrage Herrn Kunzes zur Gesundheitsversorgung verweist Frau Schlich zunächst auf das Center des DRK in der Jakobstraße. Die Untersuchungen werden von niedergelassenen Ärzten durchgeführt. Nach den Untersuchungen erfolgen in Krankenhäusern Röntgenaufnahmen auf Tbc. Ihr sei nicht bekannt, dass Ärzte ihre Praxen für Flüchtlinge freihalten müssten.

Flüchtlinge, die im Rahmen der Regelaufnahme nach Bergisch Gladbach kommen, können mit einem Krankenschein des Sozialamtes zum Arzt gehen.

Der Beitritt zur Rahmenvereinbarung zur Gesundheitskarte wird in der nächsten Sitzung des AS-WDG behandelt. Da noch einige Fragen (Kosten) offen seien, sei ungewiss, ob dazu eine Vorlage erstellt werden könne. Kostenträger für Behandlungen im Rahmen der Erstaufnahme sei das Land und im Rahmen der Regelzuweisung die Stadt.

Herr Bartoszewicz teilt mit, dass er aufgrund der Umstände im Zusammenhang mit dem Integrationsrat und vor allem aufgrund seiner beruflichen Situation mit sofortiger Wirkung von allen Ämtern im Integrationsrat zurücktritt und aus dem Integrationsrat ausscheidet.

Er wünscht dem Integrationsrat für dessen weitere Arbeit alles Gute und schließt die Sitzung um 18.58 Uhr.

---

gez. Farber  
Zweiter stellvertretender  
Vorsitzender

---

gez. Schriftführung